

An das  
Amtsgericht Rüsselsheim  
Johann-Sebastian-Bach-Str. 45

**Fax: 06142-203-100**

Frau Besold – Richterin am Amtsgericht  
Betrifft: Aktenzeichen 24 Cs – 6140 Js 210559/09

### **Prozess gegen eine Flughafenausbaugegnerin am 10. Mai 2011**

Mit dem folgenden Fax möchte ich meine Verwunderung, Empörung und meinen Protest über den in diesem Fall nun schon zum zweiten mal angesetzten Prozess gegen eine Flughafenausbaugegnerin zum Ausdruck bringen. Juristisch geht es dabei um vermeintlichen Hausfriedensbruch im Kelsterbacher Bannwald, der im Auftrag der Fraport mittlerweile gerodet wurde. Der angebliche Hausfriedensbruch, der sich unter anderem durch eine symbolträchtige Besetzung eines Waldstückes ab Mai 2008 zeigte, ist strafrechtlich gar nicht zu belangen, die Rodung eines besonders schützenswerten Waldes wäre es allerdings schon.

Die Anklage und der bevorstehende Prozess verkehren und verschleiern viele Tatsachen.

Zur Erinnerung: die Demonstrationen und Informationsaktionen im Wald, sowie das damalige Waldcamp selbst, wurden von vielen Menschen, von verschiedenen Umweltverbänden und von unterschiedlichen politischen Organisationen getragen. Weder haben diese noch andere einen irgendwie gearteten Hausfriedensbruch im Kelsterbacher Bannwald begangen. All das war vielmehr Ausdruck eines legitimen Protestes und Widerstandes, der sich gegen die Willkür der Landespolitik und der kriminellen Zerstörung eines Naherholungsgebietes durch die Fraport wendete.

Darüber hinaus bin ich verwundert, dass dieser Prozess stattfinden soll, obwohl es zum Beispiel:

- 1) Aussagen von Fraport-Chef Schulte gibt, dass die Fraport "als guter Nachbar" kein Interesse mehr habe an strafrechtlicher Verfolgung im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Bau der Landebahn Nord-West.
- 2) Aussagen von Seiten der Staatsanwaltschaft gibt, dass wenn die Strafanträge zurückgezogen würden, einer Einstellung nichts im Wege stünde.
- 3) keine Berechtigung der Fraport gab, Strafanträge zu stellen, weil sie zu diesem Zeitpunkt nur eine eingeschränkte vorzeitige Besitzeinweisung hatte – usw.

Weshalb also dieser und auch weitere Prozesse gegen FlughafenausbaugegnerInnen ?!

Die Antwort kann nur im weiten Feld des Politischen gefunden werden.

Vordergründig geht es dort unter anderem um Wortbruch der verschiedenen hessischen Landesregierungen.

"Kein Baum wird mehr fallen" – Holger Börner nach dem Bau der Startbahn West

"Keine Erweiterung der Betriebsgenehmigung" – Hans Eichel

"Nachtflugverbot" – Roland Koch usw.

Kurz um - alles verbale Makulatur, oder in metaphorischer Anlehnung an die Justiz: Volksverdummung, die die Politik im Namen der Wirtschaft betreibt.

Hintergründig geht es um an der Börse gehandelte Fraportaktien, sowie Fluggesellschaften und deren NutznießerInnen. Also um die Profitinteressen einiger weniger gegenüber dem Gemeinwohl von vielen. Auf der anderen Seite geht es um Lebensqualität, also um deutliche Reduzierung der Lärmbelastung, um die Verringerung klimaschädlicher Treibhausabgase, um Erhaltung von Naherholungsgebieten, um mehr Sicherheit vor Flugzeugabstürzen, um die Abschaffung des Flughafenabschiebeverfahrens und Abschiebungen überhaupt, um Kritik am "Just in Time"-Welthandel und Mobilitätswahn usw.

Was hier abermals an einer einzelnen Person stellvertretend verhandelt bzw. juristisiert werden soll, ist nichts anderes als die politische Auseinandersetzung zwischen einer von Wirtschaftsinteressen geleiteten Machtpolitik versus legitimem und beherztem Protest und Widerstand, der sich für sozial-ökologische Lebensqualitäten über die Region hinaus einsetzt.

Ich fordere sie auf, das Verfahren umgehend einzustellen.  
Als einen Grund könnten Sie Absurdität verkünden.

Mit freundlichem Gruß